

06.11.2016

Inhalt:

|   |       |  |       |
|---|-------|--|-------|
| Schulstandort Herbrum noch nicht verloren         | S. 01 | Kritik an Mittelverteilung             | S. 03 |
| Dreck des Auslandes nicht in Papenburg verbrennen | S. 01 | Hafen und Hafenamt stärken             | S. 04 |
| Entsorgung von Bahnschwellen in Papenburg         | S. 02 | Zur Landtagskandidatur von Klaus Fleer | S. 04 |

**Februar 2007**

## Schulstandort Herbrum noch nicht verloren

Obwohl der Kita-/Schul- und Jugendausschuss mehrheitlich die Empfehlung an den Rat der Stadt Papenburg aussprach, die Grundschule Herbrum sollte zum Schuljahr 2008/2009 geschlossen werden, sah die SPD-Fraktion noch eine Chance für den Schulstandort Herbrum. Denn eine endgültige Entscheidung träfe der Stadtrat erst am 1. März. Zu dieser Ratssitzung würde die SPD den Antrag stellen, eine Entscheidung für die Schließung der Schule Herbrum zu vertagen. Es sollte über den Fortbestand der Grundschule Herbrum erst nach Vorlage eines Entwicklungsplanes aller Grundschulen der Stadt entschieden werden. Die Informationsvermittlung zum Stand der Dinge hätte nicht überzeugt. Eine Veränderung der Schuleinzugsgrenzen oder Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Schulen wurden überhaupt nicht in Erwägung gezogen. Eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt über die Auflösung der Grundschule Herbrum zum Schuljahr 2008/2009 wäre nicht notwendig. Eine Entscheidung sollte erst dann getroffen werden, wenn die Entwicklung der anderen Grundschulen unter Berücksichtigung von eventuell veränderten Schuleinzugsgebieten aufgezeigt würden und alternative Modelle von ortsnaher Schülerversorgung z.B. durch Zweigstellen von

größeren Schulen in den Ortsteilen mit wenig Schülern untersucht wurden. „Nach dem Motto kurze Wege für kurze Beine sollten die Kinder nicht zu den Lehrern fahren, sondern die Lehrer zu den Kindern,“ meint SPD-Ratscherr Bernhard Schmees.

Die SPD forderte, einen Entwicklungsplan für alle Grundschulen der Stadt Papenburg vor zu legen, der die Entwicklung der Schülerzahlen für die nächsten 5 Jahre berücksichtigte und Modelle mit unterschiedlichen Schuleinzugsgebieten aufzeigte. Erst wenn dieser Plan vorläge, sollte über den Schulstandort Herbrum oder anderer kleiner Grundschulen entschieden werden. Durch den demografischen Wandel und wegen der unterschiedlichen Ausweisungen von Baugebieten in einzelnen Einzugsbereichen der Grundschulen würd es in den kommenden Jahren zu unterschiedlichen Entwicklungen der Schülerzahlen bei den Grundschulen kommen. Um gesicherte Entscheidungsgrundlagen für den Fortbestand der Schulen zu erhalten, wäre es notwendig, rechtzeitig Modelle zu entwickeln, die für die Grundschüler eine ortsnah Beschulung vorsehen.

## Dreck des Auslandes nicht in Papenburg verbrennen

Die SPD befürchtete, dass im Biomasseheizkraftwerk ein Einstieg in die Müllverbrennung mit hochbelasteten Stoffen durch die Veränderung der Betriebsgenehmigung eingeleitet werde. Außerdem könnte durch die Hafenerweiterung und das Bioethanolkraftwerk Papenburg zum Importhafen von Giftmüll werden.

Fast im Verborgenen hatte sich Deutschland zum Importland von Giftmüll zur Verbrennung entwickelt. Grund dafür waren die strengen Umweltgesetze. Sie führten nach Aussagen von Fachleuten dazu, dass in Deutschland die besten Sondermüll-Verbrennungsanlagen der Welt gebaut würden. Die Anlagen rentierten sich aber nur bei hoher Auslastung. Ohne internationalen Zukauf von Verbrennungsmaterialien hätten die Betreiber in Deutschland aber Überkapazitäten von bis zu 20 Prozent zu verzeichnen. Mit seinem Seehafen könnte Papenburg der ideale Standort für den Mülltourismus werden.

Die SPD befürchtete, dass unter dem Deckmantel des Klimaschutzes für die benötigte Prozesswärme des Bioethanolwerkes eine Müll- oder Sondermüllverbrennungsanlage angegliedert werden könnte. Die Nachbarn würden dann die Zeche zahlen. Selbst bei der besten Anlage würden „krebserregende Partikel“ in die Luft kommen. Selbst kleinste Giftmengen reichten bei wiederholter Aufnahme aus, die Gesundheit von Menschen zu schädigen. Mit dem Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen würden dabei alle Bedenken hinweg gewischt.

# SPD warnt vor Giftmüll im Hafen

**ENTSORGUNG** Prokon will in Papenburg hochbelastete Hölzer verfeuern

Schadstoffe werden nicht frei, betont der Betreiber. Die Sozialdemokraten sehen das ganz anders und äußern die Befürchtung, dass in der Kanalstadt ein Mülltourismus droht.

**VON FELIX WEIPER**

**PAPENBURG** - „Das ist der Einstieg in die Giftmüll-Verbrennung“, betont der Papenburger SPD-Pressesprecher Peter Raske. Er meint damit Pläne der Firma Prokon Nord, die im Nordhafen der Kanalstadt demnächst mit Teeröl belastete Hölzer in ihrem Biomasseheizkraftwerk verfeuern will. Prokon hat eine entsprechende Erweiterung der Betriebsgenehmigung beantragt, wie Geschäftsführer Ingo de Buhr auf Anfrage des GA bestätigte. Ein Sprecher der Stadt Papenburg, mit der Prokon einen Ansiedlungsvertrag für das Heizkraftwerk abgeschlossen hatte, sagte dem GA, dass aus Sicht der Kommune nichts gegen die Pläne spricht. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Papenburg stellt sich nach Worten Raskes jedoch entschieden gegen das Vorhaben. Die Sozialdemokraten befürchten einen regelrechten Mülltourismus. Sie warnen davor, dass „Papenburg zum Importhafen für Giftmüll“ werden könne. Dafür sprächen auch die Pläne für eine Hafenerweiterung sowie für den Bau eines Bioethanol-Werkes. Eine solche Anlage brauche Prozesswärme, deshalb könnte eine Sondermüllverbrennungsanlage angegliedert werden. „Die Zeche zahlen die Nachbarn“, so Raske. Sie müssten mit gesundheitsschädlichen Emissionen leben. Prokon-Chef de Buhr weist die Befürchtungen als „Panikmache“ zurück. Das Kraftwerk verfüge über die Technik, um verseuchte Hölzer fachgerecht zu entsorgen. „Da werden keine Schadstoffe frei“, sagte er dem GA. Das Szenario eines Giftmüllhafens, das die SPD aufbaue, habe mit der Realität nichts zu tun, so de Buhr.

**„Die Zeche zahlen die Nachbarn“**  
PETER RASKE

General Anzeiger 27.02.2007

06.11.2016

# Die SPD warnt vor Giftmüll

Die Firma Prokon will in Papenburg hochbelastete Hölzer verfeuern.

Von Felix Weiper

PAPENBURG. „Das ist der Einstieg in die Giftmüll-Verbrennung“, betont der Papenburger SPD-Pressesprecher Peter Raske. Er meint damit Pläne der Firma Prokon Nord, die im Nordhafen der Kanalstadt demnächst mit Teeröl belastete Hölzer in ihrem Biomasseheizkraft-

werk verfeuern will. Prokon hat eine entsprechende Erweiterung der Betriebsgenehmigung beantragt, wie Geschäftsführer Ingo de Buhr auf Anfrage bestätigte. Ein

Sprecher der Stadt Papenburg, mit der Prokon einen Ansiedlungsver-

trag für das Heizkraftwerk abgeschlossen hatte, sagte auf Anfrage, dass aus Sicht der Kommune nichts gegen die Pläne spricht. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt

Papenburg stellt sich nach Worten Raskes jedoch entschieden gegen das Vorhaben. Die Sozialdemokraten befürchten einen regelrechten Mülltourismus. Sie

warnen davor, dass „Papenburg zum Importhafen für Giftmüll“ werden könne.

Dafür sprächen auch die Pläne für eine Hafenerweiterung sowie für den Bau eines Bioethanol-Werkes. Eine solche Anlage brauche Prozesswärme, deshalb

könnte eine Sondermüllverbrennungsanlage angegliedert werden. „Die Zeche zahlen die Nachbarn“, so Peter Raske weiter. Sie müssten mit gesundheitsschädlichen Emissionen leben.

Prokon-Chef de Buhr weist die Befürchtungen als „Panikmache“ zurück. Das Kraftwerk verfüge über die Technik, um verseuchte Hölzer fachgerecht zu entsorgen. „Da werden keine Schadstoffe frei“, sagte er. Das Szenario eines Giftmüllhafens, das die SPD aufbaue, habe mit der Realität nichts zu tun.

„Die Zeche zahlen die Nachbarn“

Peter Raske

Der Wecker 28.02.2007

März 2007

## Völlen: Die Angst vor Schadstoffen ist groß

UMWELT CDU-Ratsherr Kromminga lehnt Verbrennung belasteter Hölzer in Papenburg strikt ab

Auch die Westoverledinger SPD macht sich Sorgen. Der Grund: Die Firma Prokon will im Nordhafen verseuchte Bahnschwellen im Heizkraftwerk verfeuern.

VON FELIX WEIPER

WESTOVERLEDINGEN - Papenburg könne zum Importhafen für Giftmüll werden: Dieses Szenario, vor dem die SPD in der Kanalstadt warnt, schürt Ängste unter den Menschen im südlichen Westoverledingen. „Wir passen genau auf, was dort passiert“, sagte CDU-Ratsherr Jan Uwe Kromminga. Dem Familienvater aus Völlen gefällt es überhaupt nicht, dass die Firma Prokon in ihrem Heizkraftwerk im Papenburger Nordhafen jetzt mit Teeröl verseuchte Bahnschwellen verfeuern will (der GA berichtete).

Kromminga befürchtet, dass Krebs erregende Schadstoffe frei werden. Er weist darauf hin, dass schon jetzt die Einwohner von Völlen unter Emissionen aus dem Papenburger Industriegebiet zu leiden haben. „Außerdem sind die beim Heizkraftwerk gela-



Das Prokon-Heizkraftwerk. Hier soll mit Teeröl verseuchtes Holz verbrannt werden. Der Betreiber hat versichert, es würden keine Schadstoffe dabei freigesetzt. BILD: EDEN

gerten Holzstapel schon mehrmals in Brand geraten“, so Kromminga. „Ich bin auf jeden Fall strikt gegen die Pläne.“ Hier sei über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden worden. Der Nordhafen Papenburg sei nicht der richti-

ge Ort, um verseuchte Hölzer zu verbrennen.

Sorgen macht sich auch die Westoverledinger SPD, wie deren Fraktionsvorsitzender Gerhard Wiechers auf Anfrage des GA erklärte. Nach Angaben von Wiechers werden die

Sozialdemokraten politisch gegen allen Vorhaben im Papenburger Nordhafen opponieren, die eine erhöhte Umweltbelastung für das südliche Westoverledingen mit sich bringen. Wiechers sagte, dass solche Pläne auch das anvi-

sierte Interkommunale Gewerbegebiet zwischen Papenburg und Westoverledingen gefährden könnten.

Bürgermeister Eberhard Lüpkes warnt dagegen vor voreiligen Schlüssen. Er vertraue darauf, dass die Papenburger „sensibel mit dem Thema umgehen“ und alles dafür tun werden, dass es keine zusätzlichen Belastungen geben werde, so der Bürgermeister.

Wie berichtet, hatte der Papenburger SPD-Pressesprecher Peter Raske verlauten lassen, dass im Nordhafen der „Einstieg in die Giftmüllverbrennung“ und ein regelrechter „Mülltourismus“ bevorständen. Raske sprach damit konkret das Vorhaben von Prokon an, verseuchte Hölzer im Biomasseheizkraftwerk zu verfeuern. Prokon hat eine entsprechende Erweiterung der Betriebsgenehmigung beantragt.

Prokon-Geschäftsführer Ingo de Buhr hatte die Aussagen der Papenburger SPD als Panikmache zurückgewiesen. Ein Sprecher der Stadt Papenburg, mit der Prokon einen Ansiedlungsvertrag für das Heizkraftwerk abgeschlossen hatte, hatte gegenüber dem GA betont, dass aus Sicht der Stadt nichts gegen die Pläne spreche.

General Anzeiger 03.03.2007

# Pläne von Prokon schüren Ängste

Das Unternehmen will in Papenburg verseuchte Bahnschwellen verbrennen. Davor fürchten sich die Völlener.

PAPENBURG/WEST-OVERLEDINGEN. Papenburg könne zum Importhafen für Giftmüll werden: Dieses Szenario schürt Ängste unter den Menschen im südlichen Westoverledingen. „Wir passen genau auf, was dort passiert“, sagte CDU-Ratscherr Jan Uwe Kromminga.

Dem Völlener gefällt es überhaupt nicht, dass die Firma Prokon in ihrem Heizkraftwerk im Nordhafen jetzt mit Teeröl verseuchte Bahnschwellen verfeuern will. Er weist darauf hin, dass schon jetzt die Einwohner von Völlener unter Emissionen aus dem Papenburger Industriegebiet zu leiden haben.

Sorgen macht sich auch der SPD-Fraktionsvorsitzende aus Westoverledingen, Gerhard Wiechers. Nach seinen Angaben werden die

Sozialdemokraten politisch gegen alle Vorhaben im Papenburger Nordhafen opponieren, die eine erhöhte Umweltbelastung für das südliche Westoverledingen mit sich bringen. Westoverledingens Bürgermeister Eberhard Lüpkes warnt dagegen vor voreiligen Schlüssen. Er vertraue darauf, dass die Papenburger alles dafür tun werden, dass es keine zusätzlichen Belastungen geben werde. Der Papenburger SPD-Pressesprecher Peter Raske

hatte verlauten lassen, dass mit den Prokon-Plänen, verseuchte Hölzer im Biomasseheizkraftwerk zu verfeuern, der „Einstieg in die Giftmüllverbrennung“ bevorstehe. Das Unternehmen hat eine entsprechende Erweiterung der Betriebsgenehmigung beantragt. Prokon-Geschäftsführer Ingo de Buhr wies die Aussagen der Papenburger SPD als Panikmache zurück. Ein Sprecher der Stadt Papenburg, mit der Prokon einen Ansiedlungsvertrag für das Heizkraftwerk abgeschlossen hatte, betonte, dass aus Sicht der Stadt nichts gegen die Pläne spreche. -fw

„Wir passen genau auf, was da passiert“

Jan Uwe Kromminga

Der Wecker 07.03.2007

## Entsorgungszentrum von Bahnschwellen aus NRW in Papenburg

Die SPD sah sich in ihren Befürchtungen, dass im Biomasseheizkraftwerk ein Einstieg in die Müllverbrennung mit hochbelasteten Stoffen durch die Veränderung der Betriebsgenehmigung eingeleitet würde, bestätigt durch einen Aufsatz im Holz-Zentralblatt vom März 2007.

Holzfachmann Dr. Johann Müller aus Dörpen wies dort darauf hin, dass in den nächsten sechs bis acht Jahren jährlich durch Austausch bzw. im Zuge von Rückbauten bundesweit mit starken regionalen Schwankungen, etwa 1,4 Mio. Stück (etwa 120.000 t) Holzschwellen zur Entsorgung anfielen. Wichtigster Erzeuger war die Deutsche Bahn. Gegenwärtig würden jährlich 100 000 Holzschwellen ausgetauscht. Ein Schwerpunkt für den Schwellenaustausch war Nordrhein-Westfalen.

Die SPD befürchtete deshalb, dass durch die gute Schiffsanbindung von Papenburg an den Dortmund-Ems-Kanal und die Bemühungen von Prokon Nord in Papenburg BIRO zu einem zentralen Zerkleinerungs- und Umschlagplatz für Bahn-

schwellen werden könnte. Dabei befürchtete sie, dass von der Zerkleinerung der Bahnschwellen eine höhere Umweltbelastung ausginge als vom Verbrennen. Die Holzschwellen wiesen auf Grund der Imprägnierung Belastungen mit Polyzyklischen Aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) auf, die teilweise als kanzerogen eingestuft würden. Gemäß Chemikalienverbotsverordnung (Chem V) waren die Holzschwellen der DB AG als besonders überwachungsbedürftiger Abfall einzustufen und einer thermischen Verwertung (Verbrennung) zuzuführen.

Die Papenburger SPD forderte die Bevölkerung auf, sich gegen eine Vertragsänderung mit Prokon Nord zur Wehr zu setzen, damit die Papenburger Biomasseanlage nicht zu einer Belastung für die Umwelt würde, sondern ein „grünes Kraftwerk“ bliebe, wie es Andre´ Hamers, Geschäftsführer von Prokon Nord, behauptete.

## Disput über ZiGeL-Förderung

Papenburger SPD kritisiert Praxis der Mittelverteilung an Vereine

hh PAPENBURG. Die Praxis bei der Verteilung von Fördergeldern an die Vereine und Verbände in der Stadt Papenburg hat die SPD während der Haushaltsdebatte im Rat scharf kritisiert.

Ratscherr Wilhelm Kröger griff ein Beispiel auf, das ihn nach eigener Aussage nachdenklich macht. „Während viele Vereine mit der Begründung der knappen Kassen ihre

Anträge nicht bewilligt bekommen haben, stehen im Haushalt 18 000 Euro jährliche Förderung für das ZiGeL-Projekt.“ ZiGeL steht für Zentrum integrativer Lösungen für Gesundheit und Lebensqualität und hat sich als Genossenschaft organisiert. Ziel ist es, zahlreiche Einzelprojekte wie „terra sana“ als Dachorganisation zu bündeln, Sitz des ZiGeL ist das Forum Bethlehem.

Kröger stellte dar, dass es nach seinen Informationen um die Pflege von Wegen und der Landschaft gehe. „Das machen andere Vereine seit Jahren, stellen keine Forderungen und bekommen dafür kein Geld. Außerdem kann das unser Bauhof viel besser.“ Ihn störe zudem, dass geplant sei, die Förderung über fünf Jahre zu gewähren.

Den zweiten Kritikpunkt an der Verteilungspraxis brachte Peter Raske (SPD) vor. So seien 5000 Euro als Zuschuss an den Malteser-Hilfsdienst für den Kauf eines Autos vorgesehen. „Das haben wir so auch noch nicht gefördert.“ Ziel müsse es aus Sicht der SPD sein, die Gleichbehandlung der Vereine nicht aus dem Blick zu verlieren.

Ems-Zeitung 07.03.2007

## SPD: Hafen und Hafenamt stärken

Bund, Land und Kreis „ins Boot holen“

**PAPENBURG.** Für eine größere Bedeutung des Hafens in Papenburg sowie für eine Stärkung des Hafenamtes will sich die SPD-Fraktion in Papenburg einer Pressemitteilung zufolge einsetzen. Dazu seien jedoch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land, Kreis und Stadt notwendig.

Wie Pressesprecher Peter Raske mitteilte, begrüßt die Fraktion Diskussionen der Verwaltung um die Bedeutung des Hafens. Mit dem Bestreben des Bürgermeisters beim 17. Niedersächsischen Hafentag in der Kanalstadt, nach Lösungen für die Zukunft des Hafens zu suchen, zeigte die SPD sich zufrieden. Positiv sei auch, dass nun dringend notwendige Baumaßnahmen zusammengestellt worden seien.

Der Seehafen Papenburg habe sich mit der Meyer Werft einen Namen für den Bau von großen Kreuzfahrtschiffen gemacht. Aber er habe sich am Markt auch als regionaler Umschlagsplatz für Massen- und Stückgüter wie Stammholz, Bioprodukte, Torf und Baustoffe ausgewiesen. Darüber hinaus profitiere auch der Tourismus vom Hafen und der mariti-

men Wirtschaft in Papenburg. Jährlich würden rund eine Million Tagesbesucher und über 300 000 Übernachtungen registriert. Die Gäste steuerten den südlichsten Seehafen Niedersachsens zu Schiffsüberführungen, Werftbesichtigungen oder Hafenrundfahrten an. Nach Meinung der SPD-Fraktion könnte der Schifffahrtstourismus durch Bereitstellung weiterer attraktiver Liegeplätze für Freizeitskipper noch verbessert werden.

Die Aussichten für eine Steigerung des Hafenumsatzes seien groß, gleichzeitig aber stiegen bei der Stadt die Kosten für den Hafenausbau und den Unterhalt. Diese Finanzmittel fehlten dann für andere städtische Aufgaben. Daher müssten Bund, Land und Kreis bei der Finanzierung des Hafens unbedingt „mit ins Boot“ geholt werden.

Dann könnte auch die Möglichkeit des Baus einer Schleuse bei Gandersum erneut geprüft werden. Nach Auffassung der SPD-Fraktion lassen sich nur durch die Schließung der Ems bei Gandersum die Probleme der Verschlickung der Ems-Häfen lösen.

Ems-Zeitung 09.03.2007

## „Kandidatur zurückgezogen“

Zum Kommentar „In der Offensive“ (Ems-Zeitung vom 17. März) schreibt Peter Raske:

„Um der Legendenbildung vorzubeugen, möchte ich darauf hinweisen, dass Klaus Fleer bis zum Abend der Aufstellung des SPD-Landtagskandidaten für den hiesigen Wahlkreis im Jahre 2002 nicht der einzige Kandidat war. Vielmehr war es Klaus Fleer, der mir die Landtagskandidatur streitig gemacht hat, wohlwissend, dass ich mit sehr großer Wahrscheinlichkeit noch als Nachrücker

in den Landtag kommen konnte. Was daraufhin auch geschah und ich für sechs Monate bis zum Ende der Wahlperiode, die bis Anfang März 2003 lief, das Landtagsmandat wahrnahm.

Ich habe am Abend in der Versammlung zur Landtagskandidatenaufstellung meine Kandidatur zurückgezogen. Dies stieß damals bei vielen auf Unverständnis. Heute kann ich den Grund dafür nennen: Ich wusste, dass ich die Ortsvereine und die Delegierten nicht ausreichend hinter mir hatte, und

wollte eine Niederlage vermeiden.

Gleichzeitig bin ich aber froh über meine damalige Entscheidung. Meine sechsmonatige Zeit im Niedersächsischen Landtag hat mir gezeigt, dass Landtagsabgeordneter für mich kein erstrebenswertes politisches Mandat ist. Zum Glück ist es mir erspart geblieben, anstatt von Klaus Fleer wieder Landtagsabgeordneter zu werden.“

**Peter Raske**  
Am Kamp 31  
26871 Papenburg

Ems-Zeitung 20.03.2007